

## **Nomination SP Magden**

**Liebe Gleich- und Ähnlichgesinnte,  
Ich bedanke mich bei euch recht herzlich für die erneute Nomination zur Kandidatur in den Grossen Rat. Es wird diesmal schwieriger werden unter dem geänderten Grossratswahlgesetz mit neu nur noch 140 Mitgliedern, einen Sitz zu erobern. Neu wird der Bezirk Rheinfelden nur noch 10 statt 14 Abgeordnete stellen. Unter diesen veränderten Rahmenbedingungen braucht es das Engagement und die Unterstützung von euch allen. Auch wird es nicht mehr ausreichen, den Wahlkampf auf meinen Wohnort allein zu beschränken. Ich bin daher froh, um jede Hilfe eurerseits. Was hat sich aber auch sonst noch verändert seit den letzten Wahlen? Das politische Klima, wenn man noch von einem Klima reden kann, hat sich derart verschlechtert, dass eine konstruktive Zusammenarbeit mit den politisch Andersdenkenden nicht mehr oder nur noch teilweise möglich ist. Zu stark ist das bürgerliche rechte Lager aus den letzten Wahlen hervorgegangen. Dies gilt es nun zu korrigieren. Die FDP, die Freunde des Profits sind längst zum Juniorpartner der SVP verkommen. Diese beiden finden sich jeweils,**

wenn es um einen ausgeglichenen Staatshaushalt geht, der Steuererhöhungen oder Mehreinnahmen a priori ausschliesst und diese Ausgeglichenheit durch das Kürzen von – aus bürgerlicher Sicht- unnötigen sozialen Angeboten und Leistungen, wie zum Beispiel bei der Bildung, erreicht. Dass sich dabei die CVP immer mehr nach rechts neigt und sich nicht mehr als „Wertepartei“ zu profilieren versucht, erschwert die Sache noch zusätzlich und auch die Grünen sind keine verlässlichen Partner mehr. In diesem Umfeld ist das politisieren schwierig und bereitet mir nicht nur Mühe sondern macht mir auch Sorge. Sorge bereitet mir die Entwicklung, dass alles und jedes nur noch durch die finanzpolitische Brille besehen wird. Die Finanzpolitik hat längst das Feld erobert und steht vorbehaltlos vor jeder Sach- und Sozialpolitik. Es muss gespart werden, egal was es kostet. Mit dieser Einstellung wird jedoch eine zukunftsorientierte, soziale, gerechte und nachhaltige Politik verhindert, welche es den Menschen in diesem Kanton ermöglichen soll, eine gute Bildung, ein funktionierendes und auch bezahlbares Gesundheitswesen und eine nachhaltige Umwelt- und Verkehrsentwicklung zu geniessen. Der Abbau der Schulden-

wirtschaft ist mit Sparen allein nicht zu machen. Aber es gibt andere Massnahmen die viel Geld bringen und die finanzielle Lage des Kantons entlasten würden. Nebst dem längst fälligen streichen des Steuerrabattes für gut Verdienende muss die Steuerhinterziehung wie der Steuerbetrug endlich strafbar gemacht werden. Man stelle sich vor; bei einem Gesamtbestand von 14`300 Firmen (Stand 31.Dez.2001) werden auf Grund des fehlenden Personalbestandes unsres Kantons, nur rund 2000 oder 14% einer eingehenden Prüfung unterzogen. Und von diesen 2000 geprüften Jahresabschlüssen von juristischen Personen waren nur 20% in Ordnung!! 47% wiesen kleiner und 33% erhebliche Mängel auf. Bei den Einzelfirmen und Personengesellschaften werden nur 7,5 % pro Jahr geprüft. Wenn ich da an meine Steuererklärung denke, die jährlich von der Finanzverwaltung lupengenaue kontrolliert und überprüft wird, sträuben sich mir die Nackenhaare. Der Antrag der SP, man solle die Steuererklärungen aller Selbstständigerwerbenden und juristischen Personen innerhalb von 5 – 6 Jahren mindestens einmal am Domizil prüfen, wurde jedoch im Grossen Rat nicht mal als Postulat überwiesen. Es darf doch nicht sein, dass man auf der einen Seite

**Steuern erhöhen will und gleichzeitig Steuerhinterziehung zulässt. Auch müssten Kapitalgewinne besteuert werden und nicht nur die geleistete Arbeit. Auch müsste meiner Meinung nach eine Steuergerechtigkeit oder sogar eine Steuerharmonisierung generell dazu führen, dass z.B. ein Einkommen ab 150`000.- in allen Kantonen gleich besteuert wird. Steueroasen wie Zug und Schwyz darf es künftig nicht mehr geben, wo sich die Reichen die Hand geben und nur einige tausend Franken versteuern und andernorts Arbeiterfamilien ein Mehrfaches dessen an Steuergeldern aufbringen müssen. Wie bedenklich im Rat Sparbeschlüsse beschlossen, resp. auf solche gar nicht eingetreten werden, soll dieses Beispiel verdeutlichen. Da wurde auf Antrag der SVP die ersatzlose Streichung der Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern inkl. aller Stellen der Gleichstellungsbeauftragten und der Gleichstellungskommission gefordert. Dass dies ein verfassungsmässiger Auftrag und dadurch eine kantonale Aufgabe ist und bleiben muss, war ihnen egal. Diese Fachstelle ist mit 150 Stellenprozenten besetzt und kostet den Kanton 325`000.- pro Jahr, was 0,1 Promille der gesamten Kantonsausgaben entspricht. Im Gegenzug forderte dieselbe Partei bei einem**

**Brückenobjekt deren Ausführung statt in Beton in „heimischen Holz“ obwohl diese um mehr als 1Mio. teurer zu stehen kommt und jährliche Mehrkosten an Unterhalt anfallen. Oder, da wurde auf Antrag der FDP die Mindeststeuer auf dem Buchwert der im Kanton gelegenen Grundstücke von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften abgeschafft. Die Höhe dieses Steuersatzes beträgt übrigens 1,5 Promille und ist gleichbedeutend mit der Mindeststeuer. Auf Grund der Berechnung 2001 führt dies zu einem jährlichen Verlust von 4,5 Mio. für den Kanton und 1,9 Mio. für die Gemeinden. Solches Sparen zu Gunsten der Reichen ist im Grossen Rat modern geworden. Die so entstehenden Defizite werden dann in der Budgetdebatte auf dem Buckel, sprich zu Lasten der unteren Einkommen oder der Bildung etc. wieder ausgeglichen. Dann gibt es auch noch versteckten Kosten, welchen sich die Bürgerlichen nie annehmen wollen. Dazu ein Beispiel aus den Kantonen BL und BS, welches auch für den Kanton Aargau seine Gültigkeit hat. Diese geben für die Luftverschmutzung pro Jahr gegen 1 Mia. Franken aus und es sterben 260 Menschen an deren Folgen. Von diesen Geldern werden 770 Mio. für Gesundheitskosten und der Rest für Schäden an Gebäuden**

**und Baummaterial, für Ernteauffälle und  
Waldschaden aufgebracht. Mit dem Einhalten  
der Luftreinhalteverordnung und Investitionen  
in eine nachhaltige Umweltpolitik, wären  
längerfristig nicht nur Kosten einzusparen,  
sondern auch Menschenleben zu erhalten und  
es würden neue Arbeitsplätze entstehen. Aber  
eben, bei den Bürgerlichen zählt nur das, was  
ihnen kurzfristig schnellen und vor allem  
grossen Profit bringt. Dazu müssen sämtliche  
Schranken fallen auch wenn dabei soziales  
Unrecht geschieht. Ein weiteres Beispiel für  
schludriges finanzielles Verhalten in unserem  
Land gefällig; Wir geben in der Schweiz für  
einen Primarschüler pro Jahr gleich viel Geld  
aus wie für drei Milchkühe. Dass aber ein Kind  
die Eltern bis es 20 Jahre alt ist 824`000.- kostet,  
eingerechnet sind dabei nicht nur die direkten  
Kosten, wie Nahrung, Kleider, Ferien etc.  
sondern auch die indirekten Kosten, wie der  
Verzicht auf Erwerbsarbeit wegen Kinder-  
betreuung etc. ist eine untersuchte und belegte  
Tatsache. Für die SVP ist die Familie jedoch  
„Privatsache“ und soll auch so finanziert  
werden. Dies mit dem Hinweis, man wolle nicht  
noch mehr Staat. Was aber diese „Privatsache“  
anbelangt, hier eine kurze Gegendarstellung. Es  
ist unbestritten, dass das Erlernen eines Berufes**

**Privatsache ist. Es wird auch niemand dazu gezwungen z.B. Bauer oder Bäuerin zu werden. Trotzdem wird diese Berufsparte mit jährlich 6 Milliarden Franken unterstützt. Hier verstummt jedoch der SVP– Ruf nach weniger Staat. Die Familienpolitik wird in unserem Land vernachlässigt und braucht dringend mehr Beachtung. Wenn wir die Geburtenrate von heute 1.23 Kinder pro Frau gegenüber 2,68 Kindern noch im Jahr 1964 wieder anheben wollen, braucht es ein neuzeitliches, verändertes, angepasstes Umfeld. Ansonsten leisten wir einer unguten Entwicklung Vorschub. Dazu gehören meines Erachtens auch die Einführung von Mittagstischen, Kinderhorten, Blockzeiten aber auch andere Modelle wie zum Beispiel Tagesschulen sind zu prüfen. Ich könnte mir durchaus eine Tagesschule light vorstellen. Diese würde von Morgens 8 Uhr bis zum späten Nachmittag so gegen 16 Uhr dauern und würde es beiden Elternpaaren möglich machen, neben der Kindererziehung auch noch anderweitig tätig zu sein. Zur Finanzierung einer solchen Tagesschule light könnte ich mir eine Verschiebung der Geldströme an den Fachhochschulen und Unis hin zur Volksschule vorstellen. Diese könnten die Löcher stopfen, in dem sie die Studiengebühren entsprechen**

**erhöhen, was schon allein aus sozialen Gründen notwendig wäre. Natürlich dürfen dabei keine Härtefälle entstehen. Heute finanziert jedoch der Arbeiter dem Sohn des Chefs die Ausbildung und dies scheint mir nicht gerecht. Auch dass wir in unserem kleinen Land in jedem Kanton ein eigenes Bildungssystem führen mit den logischen dazugehörigen Kosten ist für mich nicht nachvollziehbar und bedarf einer Korrektur. Was für den Staat seine Gültigkeit hat, gilt auch für unseren Kanton. Sparen ist durchaus richtig und wichtig. Verschieben von Kosten von oben nach unten, dass kürzen von Leistungen und Aufgaben und das verhindern von innovativen, nachhaltigen und zukunftsgerichteten Alternativen, hat nichts aber auch gar nichts mit Sparen zu tun sondern bringt uns enorme Mehrkosten in der Zukunft.**

**Mit eurer Unterstützung werde ich versuchen unseren Kanton ein kleines bisschen sozialer, gerechter und lebenswerter zu machen.**

**Ich danke euch fürs zuhören und für das Vertrauen welches ihr mir mit der Nomination entgegengebracht habt.**

*Roland Agustoni*